



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

06.10.2008

Rede des französischen Botschafters Bernard de Montferrand beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit

Potsdam, den 2. Oktober 2008

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Superintendent,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

es ist für mich und mein Land eine große Ehre, dass Sie mich gebeten haben, unmittelbar vor dem Tag der Deutschen Einheit hier bei Ihnen in Potsdam über das Thema Einheit zu sprechen. Ein Nationalfeiertag ist eine ganz besondere Gelegenheit, über das nachzudenken, was eine Gemeinschaft zusammenhält; über ihre Werte und ihre Ziele. Wenn Sie gestatten, möchte ich heute Abend kurz über das Nationalbewusstsein sprechen und darüber, wie es sich heute darstellt; natürlich auch über die Einheit Deutschlands und Europas und die Anstrengungen, die wir immer wieder unternehmen, um unserer internationalen Gemeinschaft ein bisschen mehr Einheit zu geben.

Wenn ich mit dem nationalen Bewusstsein beginne, dann deshalb, weil die Nation der Ort *par excellence* ist, wo unser Streben nach Einheit Ausdruck findet. Der Fortbestand des Nationalen ist sicherlich eines der erstaunlichsten Phänomene am Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts. Viele hatten gedacht, die Nation würde an Bedeutung verlieren, weil der Nationalismus sie tödlich verletzt hatte. Andere meinten, dass in unserer neuen Welt die Nation an Substanz verloren hätte: nach innen zugunsten der Regionen, der Kommunen und der lokalen Selbstverwaltung; nach außen zugunsten der multilateralen Institutionen, die immer mehr Kompetenzen erhalten; oder zugunsten neuer Akteure in den internationalen Beziehungen. Die Nation war nicht mehr die passende Ebene, um die Probleme unserer Zeit zu behandeln. Wenn wir aber um uns herum schauen, sehen wir auf allen Kontinenten ein großes Streben nach nationaler Behauptung. Immer mehr Völker kämpfen verbissen darum, den Status einer Nation zu erlangen. In den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der unabhängigen Nationen nicht etwa kleiner geworden sondern größer; denn 33 Staaten sind entstanden. Das Phänomen Europäische Union, die wie der Vorreiter für neue Entwicklungen daherkommt, ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Doch auch in der EU beobachten wir eine große Wertschätzung des nationalen Rahmens, obgleich die Solidarität zwischen den Mitgliedern zunimmt und sie in erheblichem Maße Souveränitäten aufgeben. Das französische und das niederländische Nein

www.botschaft-frankreich.de

zum Verfassungsentwurf wie auch das irische Nein zum Lissabon-Vertrag waren nicht gegen Europa gerichtet; sie waren vielmehr Ausdruck dafür, dass diese Länder die Kontrolle über die Entwicklung einer Institution behalten wollten, von der sie den Eindruck hatten, sie würde ihnen entgleiten. Diese Äußerung fand im nationalen Rahmen statt, weil viele ihn als den Rahmen empfinden, der noch lange der konkreteste sein wird.

Muss man nun den Fortbestand der Nationen bedauern? Muss man ihn als Rückschritt sehen? Muss man nicht vielmehr versuchen, ihn zu analysieren und auf den Gegebenheiten aufzubauen, wie sie sich darstellen? Das Nationale an sich ist weder gut noch schlecht. Es ist das, was man daraus macht. Erinnern wir uns, was General de Gaulle gesagt hat: „Patriotismus ist die Liebe zum eigenen Land, Nationalismus ist der Hass auf alle anderen.“ Um das Beste aus unseren Nationen herauszuholen, sollten wir bis zu den Ursprüngen des Begriffs der Nation zurückgehen. In der französischen Tradition liegen diese Ursprünge im ausgehenden 18. Jahrhundert und in der Aufklärung. Der Begriff der Nation entstand aus zwei großen geistigen Strömungen, die sich Ende des 18. Jahrhunderts ihren Weg bahnten: zum einen die Freiheitsbewegung, in der die Allgemeingültigkeit der Rechte des Einzelnen bekräftigt wurde; und die zweite, eng damit verbundene Vorstellung ist die Behauptung des Begriffs „Sozialvertrag“; er ermöglicht es dem Einzelnen, sich in die Gemeinschaft einzufügen und in dieser Gemeinschaft dennoch seine Rechte zu wahren. Die Nation – das ist der Ort, an dem jeder bereit ist, ein wenig von seiner allgemeingültigen individuellen Freiheit aufzugeben, um an der Gemeinschaft, dieser virtuellen kollektiven Persönlichkeit, teilzuhaben. Ich freue mich, dass ich heute hier in Potsdam Gelegenheit habe, an dieses Erbe zu erinnern. Denn allzu oft wird vergessen, dass Preußen eine Hochburg der Aufklärung in Europa war. Was Potsdam betrifft, so weiß jeder, welche enge Beziehungen es mit Frankreich unterhielt; dafür steht schon allein der Name Voltaire.

Wie wir wissen, war dieser „nationale Vertrag“ manchmal fehlgesteuert, und zwar nicht zugunsten von allgemeinen Werten, sondern zugunsten von Einzelinteressen oder von Werten, die der elementarsten Menschenwürde widersprechen; oder auch zugunsten von sozialen Gruppen oder Minderheiten, die die Macht an sich gezogen haben. Das bedeutet, wir müssen unablässig dafür kämpfen, dass unsere nationalen Verträge im Zeichen der allgemeinen Werte stehen. Dieser Kampf ist erst recht notwendig, als sich die Herausforderungen auf ganz neue Art stellen. Die Globalisierung bringt viele unserer Werte durcheinander. Die internationale Konkurrenz, das Streben um jeden Preis nach Profit und auch der erbarmungslose internationale Wettbewerb scheinen die Mechanismen der sozialen Solidarität, die wir geschaffen haben, zu schwächen. Die Beschleunigung der Migration begünstigt allzu oft Gruppenbildungen, die dem Grundsatz der Gleichheit wenig zuträglich sind. Das Ausmaß bestimmter Ungleichheiten findet immer weniger Akzeptanz, weil es nicht immer die erbrachte Leistung widerspiegelt, sondern das Ergebnis von Spekulationen ist, deren dramatische Auswirkungen wir in jüngster Zeit erlebt haben. Die Umfragen zeigen, dass unsere sozialdemokratischen Ideale oder auch die Ideale der „sozialen Marktwirtschaft“, die noch vor wenigen Jahren einen großen Zuspruch bei den Menschen fanden und unseren Sozialverträgen einen Sinn gaben, viel an Attraktivität verloren haben.

Wir müssen in Europa über die Achtung unserer Werte neu nachdenken, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Zwar ist es lebenswichtig, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit behalten; aber das wird uns umso besser gelingen, wenn wir unseren Sozialvertrag verstärken. Hier ist die Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland groß. Unsere Wirtschaftskultur ist zwar liberal; doch gesteht sie den Staaten eine wesentliche Rolle bei der Regulierung und bei der Gewährleistung der sozialen Solidarität zu. Vor einigen Jahren sprach man in diesem Zusammenhang vom „rheinischen Modell“. Das müssen wir neu erfinden. Nicht genug Staat im Finanzbereich endet letztlich – wie wir gerade gesehen haben – bei zu viel Staat mit massiven Eingriffen, die in der Not erforderlich sind. Wir müssen auf nationaler wie auf europäischer Ebene in der Lage sein, ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen Gleichheit

und Anerkennung, Risiko und Sicherheit, Freiheit und Regulierung. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen, wenn es um die so notwendigen Reformen geht, die Deutschland schon in den letzten Jahren durchgeführt hat und die Frankreich heute in allen Bereichen in Angriff nimmt. Ein Teil dieser Arbeit kann auf nationaler Ebene erfolgen, ein anderer auf europäischer Ebene. Nur so wird unsere Einheit wirklich Anziehungskraft haben, weil sie im Dienste unserer Werte steht.

Wenn ich hier vor Ihnen von Einheit spreche, dann natürlich auch von der Einheit Deutschlands und Europas, die heute eng miteinander verbunden sind. Im kommenden Jahr feiern wir den 20. Jahrestag des Mauerfalls, der zur Einheit Deutschlands geführt hat. Dabei wird auch der beachtliche Wandel Würdigung finden, der sich in der Geschichte unseres Kontinents so friedlich vollzogen hat. Nichts war vorherbestimmt. Mit dem zeitlichen Abstand betrachtet erscheint dieses Ereignis wie ein außergewöhnlicher Erfolg des politischen Willens:

- des Willens, umfassend Solidarität und Nationalgefühl in Deutschland zu zeigen und beachtliche Anstrengungen zu unternehmen, um den östlichen Teil des Landes wieder aufzubauen;
- des Willens, der zum Ausdruck kam im Dialog mit den Nachbarn Deutschlands und den Garantiemächten für die Verträge des Zweiten Weltkriegs;
- des Willens schließlich, diese Einheit im Rahmen einer langfristigen Zukunftsvision für den europäischen Kontinent zu sehen, nämlich im Aufbauwerk der Europäischen Union.

Die deutsche Einheit hätte ein Faktor der Destabilisierung und der Besorgnis sein können; sie hat aber vielmehr zur Stärkung der Europäischen Union beigetragen. Der Euro und der Maastricht-Vertrag sind in gewisser Weise die Kinder der deutschen Vereinigung.

Heute geht der Prozess weiter, doch das Europa, das wir aufbauen, ist durch zwei Phänomene gekennzeichnet:

- Erstens den Fortbestand der Nationen, von dem ich bereits sprach. Manch einer hatte von einem Europa geträumt, in dem eine schnelle Angleichung unserer nationalen Gesellschaften vonstatten geht und in dem die Staaten die meisten ihrer Zuständigkeiten auf eine föderale Gewalt übertragen. Nun beobachten wir heute in allen unseren Ländern, dass eine außergewöhnliche Vielfalt fortbesteht; und dass - besonders in Deutschland - beharrlich am Prinzip der Subsidiarität festgehalten wird. Muss man das bedauern? Muss man das als ärgerlichen Rückschritt verstehen? Oder muss man nicht vielmehr realistisch und pragmatisch sein und wie Jacques Delors feststellen, dass wir eine „Föderation von Nationalstaaten“ sind und sicher noch lange bleiben werden? Dass es genau das ist, was unsere Besonderheit und unseren Reichtum ausmacht? Woher kommt die Kraft Europas – seine Wirtschaftskraft ebenso wie sein starker politischer Einfluss – wenn nicht aus der Kraft seiner Mitgliedstaaten? Als 2007 die deutsche Ratspräsidentschaft Europa in die erste Reihe im Kampf gegen den Klimawandel gerückt hat, oder als es der französischen Ratspräsidentschaft im August 2008 gelungen ist, die Feindseligkeiten in Georgien zu beenden – war das nicht deshalb möglich, weil unsere Länder einen großen politischen Willen unter Beweis zu stellen wussten, der andere mitgezogen hat? Weil jedes unserer Länder verstanden hat, den Platz in der Mitte einzunehmen, der die Voraussetzung für die europäische Einigkeit und damit für seinen Einfluss ist? Staaten haben sicher viele Fehler; aber ohne sie und ihren politischen Willen ist nichts möglich. Auch solche Fortschritte in Europa sind nicht möglich ohne lebhaft Debatten und ohne Interessensgegensätze, ja sogar Krisen. Wir sollten uns darüber nicht wundern. Denken wir daran, was Montesquieu geschrieben hat: „Wenn ihr in einem Staat keinen Konfliktlärm hört, dann könnt ihr sicher sein, dass es in ihm auch keine Freiheit gibt.“ Fürchten wir uns also nicht vor Debatten: Sie sind die Voraussetzung

für die Demokratie und den Zuspruch unserer Völker. Heute brauchen wir in Europa unbedingt echte Debatten über die wirklichen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind.

- Was Europa heute außerdem auszeichnet, ist, dass es sich zunehmend seiner gemeinsamen Interessen bewusst wird. In den letzten Jahren hat es immer wieder europakritische Stimmen gegeben, die Europas Stillstand oder gar einen Rückschritt Europas vorhergesagt haben, weil es angeblich keine äußere Bedrohung wie in Zeiten des Kalten Krieges gibt und keine gemeinsamen äußeren Herausforderungen oder auch keine Zukunftsvision. Man meinte, das Zusammenspiel der nationalen Interessen führe erneut zu gefährlichen Rivalitäten zwischen den Mitgliedstaaten, wie es sie im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben hat. Zeichnet sich heute nicht gerade das Gegenteil ab? Nationale Interessen und europäische Interessen treffen hier aufeinander. Welche Mitgliedstaaten sind heute nicht davon überzeugt, dass neue, tiefgreifende Gemeinschaftspolitiken nötig sind, um die dringlichen Probleme zu lösen, die anstehen: Energie, Bekämpfung des Klimawandels, Steuerung der Migration; oder im Zusammenhang mit Spitzentechnologien wie der Raumfahrt? Denn nur so können sie sich behaupten und leistungsstark sein. Wenn die europäischen Staaten ihre Interessen angesichts einer Finanzkrise verteidigen wollen, die das Ergebnis eines skandalösen Mangels an Finanzregulierung hauptsächlich in Amerika ist, so wissen sie sehr wohl, dass ihre Stimme nur dann Gewicht hat, wenn sie gemeinsam vorgehen. Sie wissen auch, dass der Euro in den vergangenen Jahren ein Schutzschild von beispielloser Wirksamkeit war. Vor allem infolge der europäischen Vorschläge, die Angela Merkel und Nicolas Sarkozy schon im September 2007 eingefordert hatten, dürfte sehr bald ein Maßnahmenpaket zur Regulierung beschlossen werden, das für mehr Transparenz und Kontrolle der Finanznetzwerke sorgen soll. Auch im politischen Bereich stelle ich fest, dass unsere Einschätzungen inzwischen sehr nahe beieinander liegen, denn dank eines intensiven Austauschs konnten wir unsere Übereinstimmungen in den internationalen Gremien deutlich erhöhen. So etwa in einem sehr wichtigen und symbolischen Bereich wie der Sicherheit und der Verteidigung, wo die früheren Widerstände zwischen NATO und europäischer Verteidigung heute zunehmend verschwinden. Auch wenn wir heute unseren Worten entsprechend noch nicht genug tun, so sind die Europäer sich zunehmend im Klaren darüber, dass sie mehr für ihre Sicherheit tun müssen und dass diese Anstrengungen in Ergänzung zu den Strukturen der NATO und im Zeichen der Solidarität und des Dialogs mit den Vereinigten Staaten erfolgen müssen. Wir sollten nicht unterschätzen, was wir bereits tun. Wenn die Historiker in einigen Jahren auf das blicken, was wir derzeit tun, um ein Europa der Energie, der Umwelt, der Einwanderung oder der Sicherheit aufzubauen – um nur einige Beispiele zu nennen – so bin ich überzeugt, dass sie mit dem zeitlichen Abstand die Entschlossenheit hervorheben werden, mit der wir in diesen Bereichen Fortschritte erzielt haben. Ich kann Ihnen auf jeden Fall versichern, dass die französische Ratspräsidentschaft entschlossen ist, in enger Abstimmung mit Deutschland all diese Fragen voranzubringen; insbesondere jene Fragen, die aktuelle Krisen wie die in Georgien betreffen.

Über Einheit sprechen heißt auch, über die Entwicklung der internationalen Gesellschaft zu sprechen. Es gibt immer eine Diskrepanz zwischen - auf der einen Seite - unseren Werten und unserem Bestreben, eine internationale Gesellschaft zu schaffen, die sich auf gemeinsame Prinzipien gründet und in der Lage ist, Krisen einzudämmen und zu lösen; und auf der anderen Seite der Tatsache, dass die Staaten ungleich und heterogen sind und man tagtäglich daran erinnert wird, dass die UNO nie als Weltregierung konzipiert wurde, sondern als ein Rahmen, in dem man versucht, Krisen zu lösen. Heute wird diese Diskrepanz als Scheitern, gar als Rückschritt aufgefasst. Denn viele Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, dass die internationale Gesellschaft ihren Zusammenhalt verliert und zunehmend auseinanderbricht, anstatt sich in Richtung Einheit zu entwickeln. Wie Staatspräsident Nicolas Sarkozy gesagt hat, sind wir in ein Zeitalter der relativen Mächte eingetreten: Die Zahl der Akteure steigt, und zwar vor allem weil sich einige Schwellenländer in die oberste Riege eingereiht haben. Viele Stimmen kritisieren die westlichen Werte: Schon allzu lange seien sie Maßstab für den Rest der

Welt und Machtinstrument der westlichen Mächte. Nicht nur unsere Werte werden kritisiert; auch die internationalen Institutionen, die den neuen internationalen Kontext angeblich nicht ausreichend widerspiegeln. Auch stellen wir fest, wie sämtliche Formen der Gewalt überall beharrlich fortbestehen: fundamentalistischer oder nationaler Terrorismus; gewaltsames Vorgehen gegen Grenzen oder Minderheiten; Machtverhältnisse.

Warum ziehen wir dieser pessimistischen Sicht der Dinge nicht ganz einfach einen pragmatischeren und realistischeren Ansatz vor; und zwar von zwei Feststellungen ausgehend:

- Die Vielfalt gründet heute auf einem wesentlich solideren Fundament als früher. Man denke nur daran, dass die Allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die von René Cassin und Eleanor Roosevelt 1949 vorbereitet worden war, mit großer Zurückhaltung und sehr unterschiedlichen Auslegungen verabschiedet wurde. Sie ist nicht Ausdruck westlicher, sondern allgemein gültiger Werte; und diese Werte haben sich weltweit in außergewöhnlicher Weise weiterentwickelt. Aber es wird noch viel Zeit brauchen, bis jeder wirklich dieses gemeinsame Erbe übernehmen wird. Wir wissen doch alle, dass Wahlen aus einem Land noch längst keine Demokratie machen. Einer Demokratie müssen Institutionen und eine soziale Ordnung mit oppositionellen Kräften zu Grunde liegen. Dennoch müssen wir feststellen, wie eine Studie von *Freedom House* ermittelt hat, dass 120 der 192 Länder in der Welt im vergangenen Jahr eine demokratisch gewählte Regierung hatten. Das entspricht 65 % der Länder und 58 % der Weltbevölkerung. Was für ein Fortschritt im Laufe von 50 Jahren!

Was die internationalen Institutionen angeht, so ist die Zahl der gemeinsamen Regeln sowie der Schlichtungs- und Regulierungsmechanismen kontinuierlich gestiegen. Die Gewalt in der Welt in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark zurückgegangen. Gemessen an der Anzahl der Konflikte gab es in den letzten 50 Jahren nie weniger Gewalt. Unsere Aufmerksamkeit konzentriert sich auf Irak, auf Afghanistan und, nach den jüngsten Ereignissen, auf Georgien; dabei ist die UNO heute in 37 Missionen zur Friedenserhaltung oder zur Beobachtung engagiert; insgesamt sind mehr als 200.000 Kräfte vor Ort im Einsatz. Man kann hier durchaus einen Zusammenhang sehen. Allerdings wird oft vergessen, dass dies ein äußerst positives Ergebnis ist, das wir dem neuen Zustand der internationalen Gesellschaft verdanken. All dies zeigt, dass das Leben der Nationen heute in einen Rahmen eingebettet ist, der ihnen Freiheit lässt, ihnen aber auch gestattet, wenn sie dies wollen, einen gemeinsamen Beitrag zu leisten.

- Und die zweite Feststellung, die ich hier anführen möchte, ist, dass der Einsatz für den Frieden und für die Werte, die wir vertreten, nie ein Ende hat. Die Welt um gemeinsame Werte zu versammeln und sie aufzurütteln, um den Frieden zu sichern, ist eine Anstrengung, die wir Tag für Tag aufs Neue erbringen müssen. Damit das gelingt, darf nicht eine „Realpolitik“ wie im 19. Jahrhundert geführt werden; auch keine „Irrealpolitik“, wie sie sich manche Idealisten wünschen; gebraucht wird eine Politik des Möglichen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass ein starker politischer Wille auf der Grundlage einer genauen Analyse der Wirklichkeit den Lauf der Dinge zum Besseren hin ändern kann. Das jüngste Beispiel des europäischen Vorgehens in der Krise in Georgien hat gezeigt, dass Europa die Initiative ergriffen und eine Einigung verhandelt und vorgeschlagen hat. So konnte es eine Einstellung der Feindseligkeiten erreichen. Es war das erste Mal, dass sich unser Kontinent dafür eingesetzt hat, eine Krise zu befrieden. Das ist ihm bis heute gelungen. Und es wird ihm auch künftig gelingen, wenn er sich weiterhin dafür einsetzt und geeint bleibt.

Meine Damen und Herren,

die europäische Dimension, die Sie dem deutschen Nationalfeiertag jedes Jahr mit diesem Konzert in der Nikolaikirche in Potsdam geben, zeigt: Nationale Einheit und Patriotismus sind nicht ohne Öffnung auf den Anderen vorstellbar. Indem Sie diese Veranstaltung jedes Jahr im Zeichen der deutsch-französisch-polnischen Freundschaft organisieren, erinnern Sie in ganz besonderer Weise an die Botschaft, die durch die deutsche Vereinigung vermittelt wurde und die in dieser großmütigen Haltung und europäischen Solidarität zum Ausdruck kommt.

Das Streben nach Einheit ist zutiefst in unserer gemeinsamen Geschichte verankert, wie die schöne Ausstellung hier an diesem Ort auf so glanzvolle Weise zeigt. Franzosen, Deutsche und Polen teilen ein gemeinsames Erbe: das Erbe aus diesem Mai 1832 in Hambach, wo Tausende junge Franzosen, Deutsche und Polen mehr Freiheiten für ihre Völker forderten.

Ich bin sehr froh, hier an diesem Ort daran zu erinnern, dass für uns Europäer unser jeweiliger Nationalfeiertag jetzt vor allem eine Hymne auf die europäische Brüderlichkeit ist.

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Nationalfeiertag.